

Wieder Quarantäne gegen Kuba

Sowjets wollen Raketenbasen abbauen — Castro macht Schwierigkeiten

Washington (ap/upi/dpa). Die Vereinigten Staaten haben am 1. November ihre über Kuba verhängte Waffen-Quarantäne, die für die Dauer der Verhandlungen des UNO-Generalsekretärs U Thant in Havanna unterbrochen war, wiederaufgenommen. Diese Maßnahme begründete Washington mit den maßlosen Forderungen, die Kubas Ministerpräsident Fidel Castro im Zusammenhang mit der Beilegung des Konflikts erhoben hat.

In seinen Gesprächen mit U Thant hatte Castro darauf bestanden, daß der amerikanische Stützpunkt Guantanamo geräumt werden müsse. Ferner habe er sich geweigert, seine Zustimmung zur Stationierung von UNO-Beobachtern auf Kuba zu geben.

Dessenungeachtet, wollen die Sowjets ihre Raketenstützpunkte auf Kuba schnellstens abbauen und die Raketen sofort verschiffen. Nach inoffiziellen Verlautbarungen wollen die Sowjets ihre Raketenbasen verschwinden lassen, noch bevor

eine UNO-Inspektion in Kraft tritt.

In Washington glaubt man, daß der erste sowjetische stellvertretende Ministerpräsident Mikojan auf Kuba die noch vorhandenen Schwierigkeiten zur Lösung des Konflikts im wesentlichen bereinigen wird. Unterrichtete Kreise in der amerikanischen Hauptstadt erklärten, es gäbe Anzeichen dafür, daß Mikojan Ministerpräsident Castro in unmißverständlicher Form klarmachen werde, daß alle Versuche, ein Kuba-Überkommen der Großmächte zu

hintertreiben, ernste Auswirkungen auf die sowjetisch-kubanischen Beziehungen haben würde.

Mikojan, der am 1. November in Washington eintraf, hatte eine Unterredung mit U Thant.

Peking hinter Castro

Während die sowjetische Presse in der Kuba-Frage weiterhin Zurückhaltung übt, stellte sich das kommunistische China nachdrücklich hinter die Forderungen Castros. Der chinesische Außenminister teilte Castro in einer Antwort auf eine kubanische Note vom 26. Oktober mit, daß China die fünf Garantieforderungen Castros voll unterstütze.

Genf: „Njet“ zur Kontrolle

Genf (dpa/ap/upi). Die USA und Großbritannien haben die Sowjetunion aufgefordert, das Prinzip der internationalen Überwachung, das Moskau in Kuba akzeptiert hat, nun auch auf die Kernwaffenversuche auszudehnen. Der sowjetische Delegierte Zarapkin antwortete auf die im Atomwaffen-Untersuchungsausschuß der Genfer Abrüstungskonferenz gemachten Vorschläge mit der Behauptung, der Westen wolle mit der Kontrolle nur Spionage treiben.

Appell an Großmächte

Kopenhagen — In einem Appell an die Großmächte hat der dänische Außenminister Haekkerup gefordert, in der Berlin-Frage die „gleiche Bereitschaft zum Verhandeln“ zu zeigen wie in der Kuba-Krise. Eine Entspannung dürfe jedoch nicht auf Kosten der fundamentalen Rechte der Westmächte und der Bevölkerung West-Berlins ausgehandelt werden.

Schandmauer ist unmenschlich

Berlin-Ausstellung in London — Vertrauen zu Großbritannien

London (ap). Ulbrichts Schandmauer sei „das unmenschlichste Bauwerk seit den Tagen Attilas und Dschingis Khans“. Das sagte der Staatsminister im britischen Außenministerium, Lord Dundee, bei der Eröffnung der Berlin-Ausstellung in London.

Lord Dundee versicherte, daß Großbritannien in Berlin zu seinen Verpflichtungen stehen werde. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Brandt, sprach bei der Eröffnung der Ausstellung über Berlins Nachkriegsgeschichte. Er betonte dabei auch, die Bevölkerung der Sowjetzone habe ihre Sehnsucht

nach Selbstbestimmung nicht aufgegeben.

Am 2. November traf Brandt mit dem britischen Außenminister Lord Home zusammen, nachdem er vorher eine 45 Minuten dauernde Unterredung mit dem britischen Premierminister Macmillan hatte. Dabei sollen die beiden Politiker die Meinung geäußert haben, daß Chruschtschows Rückzug in Kuba nicht notwendigerweise auch zu einer Mäßigung seiner Berlin-Forderungen führen müsse.

Brandt betonte, er sei nicht nach Großbritannien gekommen, um neue Zusicherungen und Garantien für Berlin zu holen, „weil wir dem Wort der britischen Regierung vertrauen“.

Plötzliches Einlenken Chruschtschows

Der Wortlaut der Botschaft an Präsident Kennedy

Moskau (dpa) — In einer Botschaft an US-Präsident Kennedy hat sich der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow am 28. Oktober bereit erklärt, den Bau von Raketenbasen auf Kuba einzustellen, die bestehenden Basen abzubauen und die Raketenwaffen nach der Sowjetunion zurückzutransportieren. Bedingungen für die sowjetische Bereitschaft nannte Chruschtschow nicht mehr. Die Verwirklichung der von ihm angeordneten Beschlüsse solle unter Aufsicht der Vereinten Nationen erfolgen.

In der Note heißt es u. a. wörtlich:

„Um den für die Sache des Friedens gefährlichen Konflikt so schnell wie möglich zu liquidieren, um allen sich nach Frieden sehenden Völkern die, dessen bin ich sicher, ebenso wie das sowjetische Volk den Frieden wünschen, ein Gefühl der Sicherheit zu geben, hat die sowjetische Regierung in Ergänzung vorangegangener Anweisungen zur Einstellung der Arbeit auf den militärischen Baustellen die neue Anordnung erlassen, die von Ihnen als Offensivwaffen bezeichneten Waffen zu demontieren, zu verpacken und in die Sowjetunion zurückzuführen.

Herr Präsident, ich möchte nochmals wiederholen, was ich Ihnen schon in meinen vorangegangenen Briefen geschrieben habe: Die sowjetische Regierung hat der Regierung der Republik Kuba wirtschaftliche Hilfe erwiesen und Waffen zur Verfügung gestellt, da Kuba und das kubanische Volk einer dauernden Invasionsgefahr ausgesetzt waren.

Ein Piratenschiff hat Havanna beschossen. Es ist gesagt worden, daß es verantwortungslose kubanische Emigranten waren. Das mag so gewesen sein. Es fragt sich aber, von wo geschossen wurde. Diese Kubaner haben doch kein Territorium, sie sind heimatflichtig und besitzen keinerlei Mittel, um Kampfhandlungen zu führen.

... Kurz gesagt, Kuba befand sich unter der anhaltenden Bedrohung aggressiver Kräfte, die ihre Absicht, eine Invasion durchzuführen, nicht verbargen.

... Die Drohung mit einer Invasion sowie alle anderen Schritte, die darauf abzielten, Spannungen zu erzeugen, dienen dem Zweck, beim kubanischen Volk Unsicherheit zu er-

zeugen, es einzuschüchtern und es daran zu hindern, sein neues Leben friedlich aufzubauen.

Ich möchte noch einmal klar sagen, daß wir uns dazu nicht unbeteiligt verhalten konnten. Die sowjetische Regierung beschloß daher, Kuba mit Verteidigungsmitteln gegen diese Aggression zu helfen, und zwar nur mit Verteidigungsmitteln. Wir haben diese Verteidigungsmittel, die Sie als Angriffswaffen bezeichnen, geliefert. Wir lieferten sie, um einen Angriff auf Kuba und vorsehnelle Handlungen zu verhindern.

Ich hege Achtung und Vertrauen gegenüber der in Ihrer Botschaft vom 27. Oktober 1962 enthaltenen Erklärung, — daß kein Überfall auf Kuba verübt wird, daß keine Invasion unternommen wird — und zwar nicht nur von seiten der Vereinigten Staaten, sondern, wie es in Ihrer Botschaft heißt, auch nicht von seiten der anderen Länder der westlichen Hemisphäre. Damit entfallen auch die Gründe, die uns veranlaßt haben, Kuba eine derartige Hilfe zu erweisen.

Aus diesem Grunde haben wir unsere Offiziere — wie ich Ihnen schon früher mitteilte, befinden sich die besagten Waffen in den Händen sowjetischer Offiziere —

angewiesen, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Bau der oben erwähnten Objekte einzustellen, sie zu demontieren und in die Sowjetunion zurückzuführen. Wie ich Ihnen schon im Brief vom 27. Oktober mitteilte, sind wir einverstanden, uns mit Ihnen darauf zu einigen, daß Vertretern der UNO die Möglichkeit gegeben wird, sich von der Demontage dieser Objekte zu überzeugen.

Somit sind angesichts Ihrer Versicherungen und unserer Demontageanweisung alle erforderlichen Voraussetzungen für die Beilegung des Konflikts gegeben.

... Herr Präsident, ich vertraue Ihrer Erklärung; doch andererseits gibt es verantwortungslose Leute, die immer noch eine Invasion auf Kuba unternehmen und damit einen Krieg entfesseln wollen. Wenn wir praktische Schritte ergreifen und erklären, daß wir die bewußten Waffen demontieren und aus Kuba abziehen, so wollen wir doch gleichzeitig dem kubanischen Volk die Gewißheit geben, daß wir zu ihm stehen und uns nicht der Verantwortung entziehen, dem kubanischen Volk Hilfe zu leisten.“

Die Note schließt: „Angesichts der Verhandlungen, die der amtierende Generalsekretär der UNO, Herr U Thant, zur Zeit mit Vertretern der Sowjetunion, der USA und der Republik Kuba führt, hat die sowjetische Regierung den Ersten Stellvertretenden Außenminister der UdSSR, Kusnezow, nach New York entsandt, um Herrn U Thant bei seinen noblen Bemühungen, die augenblickliche gefährliche Situation zu beseitigen, behilflich zu sein.“

SED gibt Justiz-Terror zu

Kleine Verfehlungen wurden zu hart bestraft

Berlin (dpa/Eigenmeldung). Scharfe Kritik übt das Zentralkomitee der SED in seinem „Rechenschaftsbericht an den VI. Parteitag“ an den Justizorganen der Sowjetzone. In „nicht wenigen Fällen“ hätten die Gerichte für kleine Verfehlungen zu hart Strafen ausgesprochen, die einer Nachprüfung nicht standgehalten werden und daher korrigiert werden

mußten. Dagegen seien schwere Verbrechen wie zum Beispiel Nutzucht zu liberal behandelt worden.

Wie das Informationsbüro West berichtete, fordert das ZK der SED in diesem bisher unveröffentlichten Rechenschaftsbericht das oberste Sowjetzonen-Gericht auf, die Rechtsprechung der Bezirks- und Kreisgerichte besser zu kontrollieren.

Indien verstärkt seine Verteidigung

USA liefern Waffen über eine Luftbrücke

Neu Delhi (dpa/upi/ap). Der indische Ministerpräsident Nehru hat am 31. Oktober die Leitung des indischen Verteidigungsministeriums übernommen. Der bisherige Verteidigungsminister Krishna Menon wurde zum Minister für die Verteidigungsproduktion ernannt. Er bleibt Mitglied des Kabinetts.

Menon, der sich häufig als Kritiker gegenüber den USA und als Befürworter der sowjetischen Politik zu erkennen gegeben hatte, war seit Ausbruch der bisher für Indien ungünstig verlaufenden Kämpfe mit Rotchina in das Kreuzfeuer scharfer Angriffe geraten.

Ausländergesetze

Die Regierung ließ weiterhin bekanntgeben, daß alle Ausländer, die mit Staaten sympathisieren, mit denen sich Indien im Krieg befindet oder die Indien von außen her angreifen, verhaftet und interniert werden können. Allen Indern chinesischer Abstammung wurde die indische Staatsbürgerschaft entzogen. Sie werden wie Ausländer behandelt.

Lage im Kampfgebiet

Aus dem Kampfgebiet wurde gestern gemeldet, daß seit zwei

Tagen schwere Schneefälle und zunehmende Kälte die Gefechtsfähigkeit eingedämmt hätten. Lediglich an zwei Kampfab schnitten fanden Artillerieduelle statt.

Waffenhilfe dringend

Die Bemühungen Indiens, möglichst bald moderne Waffen zu erhalten, gehen inzwischen mit Nachdruck weiter. Die indische Verteidigung erhofft sich von westlicher Seite auch Lieferungen von Panzern und Flugzeugen für den Fall, daß die Rotchinesen in die Assam-Ebene vordringen. Die USA haben in vergangener Woche eine Luftbrücke für die Lieferung leichter Waffen nach Indien eingerichtet. Der Stellvertretende britische Außenminister Heath teilte im Unterhaus mit, die britische Regierung erwäge den Abschluß eines Pacht-

Leihabkommens mit Indien, um Neu Delhi weitgehendst Hilfe leisten zu können.

KP-Büro gestürmt

Das Hauptquartier der kommunistischen Partei Indiens in Neu Delhi ist vor kurzem von Demonstranten gestürmt, geplündert und in Brand gesteckt worden. Der Zwischenfall erfolgte nach einer fünfstündigen hitzigen Sitzung des Parteivorstandes, in der keine Entscheidung darüber fiel, ob die kommunistische Partei Rotchina oder Indien in dem gegenwärtigen Grenzkonflikt unterstützen werde.

In einem persönlichen Schreiben hat Nehru dem Bundeskanzler Adenauer die Auffassung der indischen Regierung zum Konflikt mit Rotchina mitgeteilt. Er stellte fest, daß der chinesische Angriff nicht nur die Sicherheit Indiens, sondern den Weltfrieden und die Regeln des Verkehrs zwischen den Völkern gefährde. Indien werde entschlossen gegen die Aggression vorgehen. Das Bundeskabinett, dem der Bundeskanzler vom Inhalt des Briefes Kenntnis gab, hat diese Entschlossenheit Indiens, seine Integrität und Freiheit zu verteidigen, seiner Sympathie und Unterstützung versichert.



Die indische Politikerin und Nehru-Schwester, Frau Pandit, wurde am 30. Oktober von Bundeskanzler Adenauer empfangen. Sie führte außerdem Gespräche mit Bundespräsident Lübke.

Zersetzung in der SED

Berlin (Eigenmeldung / dpa). In einem Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der SED, der offiziell streng geheimgehalten wird, werden ernste Zersetzungserscheinungen in der Partei zugegeben. Nach Ansicht des ZK stellen „Opportunismus und Revisionismus die Hauptgefahr in der SED dar“. Dies habe sich „in der offenen Ablehnung der führenden Rolle der Partei beim Aufbau des Sozialismus, revisionistischer Entstellung und Verbreitung feindlicher Ideologien gezeigt“ heißt es wörtlich in dem geheimgehaltenen Bericht.

Die Tatsache, daß unter den Tausenden von Flüchtlingen aus der Zone auch zahlreiche SED-Mitglieder waren, habe die Partei veranlaßt, sich mit dem Verrat von Parteimitgliedern an der „DDR“ zu befassen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin 42, Manfred-von-Richthofen-Straße 2